

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich

vom 22. Mai 2019

426.

Gesundheits- und Umweltdepartement, Petition «Klimastreik», Zuschrift

IDG-Status: öffentlich

Inspiziert von Greta Thunberg und den Klimastreikbewegungen in anderen Ländern, finden auch in Zürich seit dem 14. Dezember 2018 Klimastreiks und -demonstrationen statt. Am 10. Januar 2019 hat die Jugendbewegung Klimastreik Zürich bei Stadtrat Andreas Hauri drei Forderungen eingereicht. Sie fordert, dass die Stadt Zürich ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 auf netto null reduziert, dass die Stadtzürcher Regierung den Klimanotstand ausruft und dass sie die Bevölkerung über die Ursachen und existenzbedrohenden Folgen der Klimakrise informiert. In den Internet-News des Gesundheits- und Umweltdepartements vom 20. Februar 2019 begrüsst die Stadt Zürich das Engagement der Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz und teilte mit, dass sie die Forderungen als Petition behandelt.

Auf Antrag des Vorstehers des Gesundheits- und Umweltdepartements wird an die Organisation Klimastreik Zürich geschrieben:

Die Stadt Zürich begrüsst das Engagement der Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz sehr und ist beeindruckt von der Mobilisierungskraft der Bewegung. Am 10. Januar 2019 hat die Jugendbewegung Klimastreik Zürich Herrn Stadtrat Andreas Hauri folgende drei Forderungen überreicht:

1. Die Stadt Zürich reduziert ihre Treibhausgas-Emissionen bis im Jahr 2030 auf netto null.
2. Die Stadtzürcher Regierung ruft den Klimanotstand aus.
3. Die Stadtzürcher Regierung muss ihre Aufgabe wahrnehmen, die Bevölkerung über die Ursachen und existenzbedrohenden Folgen der Klimakrise zu informieren.

Der Stadtrat behandelt diese Forderungen als Petition und äussert sich wie folgt:

Die Stadt Zürich steht hinter dem Klimaschutzziel von Paris, welches verlangt, dass die menschengemachte Klimaerwärmung auf einen Temperaturanstieg deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C, gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt wird. Der Weltklimarat IPCC hat in einem am 8. Oktober 2018 vorgestellten Spezial-Bericht festgehalten, dass zur in Paris vereinbarten Beschränkung der Klimaerwärmung die Nettoemissionen von CO₂ bis spätestens 2050 weltweit auf null gesenkt werden müssen.

Die Stadt Zürich hat bereits im Jahr 2008 in der Volksabstimmung zur 2000-Watt-Gesellschaft als erste Schweizer Stadt ein ambitioniertes Klimaschutzziel in der Gemeindeordnung verankert. Sie schätzt den Klimaschutz als eine der wichtigsten umweltpolitischen Herausforderungen der Gegenwart ein und ortet auch einen klaren Handlungsspielraum auf der Ebene der Stadt. Sie sieht sich in der Pflicht, weiterhin eine besondere Vorbildrolle einzunehmen und ihren Handlungsspielraum konsequent zu nutzen.

Die Stadt Zürich setzt sich seit Jahren dafür ein, den Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen auf dem Stadtgebiet zu senken. Dies führte auch bereits zu einer Senkung der pro-Kopf-Emissionen von CO₂ seit 1990 um 25 Prozent (s. weiter hinten bei «Das Ergebnis»). Heute bestehen in der Stadtverwaltung zahlreiche Politiken und Strategien – dazu gehören die Masterpläne Energie und Umwelt, die Energieversorgungsplanung, die «7 Meilenschritte zum umwelt- und energiegerechten Bauen» stadteigener Liegenschaften, die Fahrzeugpolitik

und die Roadmap 2000-Watt-Gesellschaft – in deren Folge zahlreiche konkrete Klimaschutz-Massnahmen ergriffen wurden. Eine Auswahl davon findet sich in den nächsten Abschnitten.

Konkrete bereits umgesetzte Klimaschutz Massnahmen

Siedlung und Gebäude: In den letzten Jahren wurden von der Stadt selbst viele energetisch vorbildliche Gebäude errichtet, wie die Wohnsiedlung Kronenwiese, das Schulhaus Blumenfeld, das Bettenhaus des Stadtspitals Triemli oder die Sportanlage Heuried.

Zudem konnten mit städtischer Begleitung bereits sechs 2000-Watt-Areale geplant und realisiert werden: Kalkbreite, Sihlbogen, Hunzikerareal, Freilager, Greency und Quai Zürich.

Um im Gebäudebereich eine starke Dekarbonisierung zu erreichen, ist die Stadt Zürich auch auf die privaten Hauseigentümerschaften angewiesen. Sanieren sie ihre Liegenschaften energetisch, sollen sie wenn möglich auf erneuerbare Heizsysteme umsteigen. Dazu bietet die Stadt mit dem «Energie-Coaching» eine unabhängige Beratung. Seit 2009 wurden über 1000 Hauseigentümerschaften kompetent und kostengünstig beraten. Auch die Energieunternehmen unterstützen und beraten Kundinnen und Kunden bei Effizienzmassnahmen und beim Umstieg auf erneuerbare Energien. Zudem wird die Installation von Wärmepumpen und seit 2018 der Anschluss an die Wärmeversorgung mit den 2000-Watt-Beiträgen gefördert. Bis zum Jahr 2020 besteht auch das Förderprogramm «Heizungersatz», welches finanzielle Beiträge an Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer zahlt, wenn sie ihre Gas- oder Ölheizung vorzeitig stilllegen und sich einem klimafreundlichen Energieverbund anschliessen. Auf der vor kurzem publizierten Plattform EnerGIS (www.stadt-zuerich.ch/energis) ist für jede Adresse in Zürich ersichtlich, welche erneuerbaren Energien oder Wärmeverbunde an diesem Standort nutzbar sind für die Wärmeversorgung einer Liegenschaft.

Öffentliche Fernwärme: Der Bau der Fernwärme in Zürich begann vor rund 90 Jahren, kurz nach der Errichtung der ersten Kehrlichtverbrennungsanlage. Inzwischen sind drei grosse Gebiete in Zürich-Nord, Zürich-West und im Hochschulquartier mit Fernwärme erschlossen. Für die nächsten Jahrzehnte ist ein weiterer Ausbau geplant. Der Bau der Verbindungsleitung von Zürich-Nord nach Zürich-West, welchem das Zürcher Stimmvolk im November 2018 zustimmte, ermöglicht neu die Erschliessung von Wipkingen, Unterstrass, Aussersihl und Sihlquai mit Fernwärme. Damit könnten in Zukunft 25 Prozent des Wärmebedarfs auf dem Stadtgebiet durch Fernwärme abgedeckt werden.

Auch die Wärme aus dem gereinigten Abwasser der Kläranlage Werdhölzli wird in Zukunft für den Aufbau eines neuen Energieverbunds in Altstetten eingesetzt, nachdem das Zürcher Stimmvolk im Februar 2019 der entsprechenden Vorlage zugestimmt hat.

Allein diese zwei aktuellsten, grossen Ausbauprojekte erfordern Objektkredite in dreistelliger Millionenhöhe (Erweiterung Fernwärmeversorgung mit Verbindungsleitung: 235 Millionen Franken und Energieverbund Altstetten und Höngg-West: 128,7 Millionen Franken), die der Stadtrat dem Gemeinderat unterbreitet hat und die im September 2018 beziehungsweise im Februar 2019 vom Volk mit hoher Zustimmung befürwortet wurden. Zusätzlich tätigte ERZ Entsorgung + Recycling Zürich in den letzten zehn Jahren Investitionen in die Fernwärme in Höhe von 83 Millionen Franken. Die Investitionen gingen einerseits in die Ausweitung des bestehenden Fernwärmenetzes, andererseits wurde die Infrastruktur erweitert (z. B. Energiespeicher). Zudem wurden bereits zwischen 2003 und 2017 dem ewz sechs Rahmenkredite für Energiedienstleistungen über insgesamt 515 Millionen Franken bewilligt, drei davon in Volksabstimmungen mit einem Ja-Anteil zwischen 73 und 80 Prozent.

Erneuerbarer Strom und effizienter Stromeinsatz: Das Elektrizitätswerk (ewz) hat bereits 1996 mit der Gründung der ewz.solarstrombörse pionierhaft ein erstes Zeichen für den Solarstrom gesetzt. Seit 2014 bietet es zwei neue Solarstromangebote an. Einerseits können Kundinnen und Kunden direkt Beteiligungen an Solarstromanlagen erwerben, zum Beispiel von Photovoltaikanlagen auf Schulhäusern in der Stadt Zürich (ewz.solarzüri), andererseits unterstützt das ewz Hauseigentümerschaften bei der Realisierung von Photovoltaikanlagen auf dem eigenen Dach (ewz.meinsolar). Seit 2008 besitzt das ewz eigene Windenergieanlagen im In- und Ausland und baut seine Beteiligungen laufend aus.

In der Stromgrundversorgung hat das ewz ab 2006 seinen Kundinnen und Kunden auf dem Gebiet der Stadt Zürich standardmässig erneuerbaren Strom angeboten. Seit 2015 besteht die Grundversorgung ausschliesslich aus erneuerbarem Strom. Die Stadt selbst hat sich verpflichtet, ausschliesslich naturemade.star zertifizierten Strom zu beziehen.

Seit 1991 fördert die Stadt Zürich effiziente Geräte, Sonnenkollektoren, Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen mit «2000-Watt-Beiträgen» (vormals Stromsparfonds).

Die beiden Rechenzentren der Stadt Zürich haben Anfang 2019 als erste und einzige Rechenzentren in Europa die höchste Stufe der Trust Site eEfficiency-Zertifizierung erreicht und konnten ihren Stromverbrauch erheblich senken. Zudem haben acht städtische Grossverbraucher Zielvereinbarungen mit dem Kanton unterzeichnet, die sie zu einer kontinuierlichen Steigerung der Energieeffizienz verpflichten.

Mobilität: Der öffentliche Verkehr (ÖV) wurde in den letzten Jahrzehnten stark ausgebaut und die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) haben die Elektrifizierung ihrer Fahrzeugflotte inzwischen deutlich vorangetrieben. Bereits heute reisen rund 80 Prozent der VBZ-Fahrgäste mit elektrischer Energie in Tram und Trolleybus. Der dazu benötigte Strom stammt zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien. Die Investitionen in den Fuss- und Veloverkehr sowie den ÖV schlagen sich positiv im Modalsplit nieder. 2015 lag der Anteil des ÖV und des Fuss- und Veloverkehrs an den auf Stadtgebiet zurückgelegten Wegen (Hauptverkehrsmittel) insgesamt bei 75 Prozent. Den höchsten Anteil hat der ÖV mit 41 Prozent. Erstmals lag der Anteil des Fussverkehrs mit 26 Prozent knapp höher als derjenige des motorisierten Individualverkehrs, der nun bei einem Viertel liegt. Der Veloverkehr konnte seine Anteile von 4 auf 8 Prozent verdoppeln. Zudem sind inzwischen über 50 Prozent autofreie Haushalte in der Stadt Zürich zu verzeichnen. Diverse weitere Projekte zum Ausbau des ÖV und zur Verbesserung der Routen für den Velo- und Fussverkehr sind in Planung.

Ausserdem schreibt das Personalreglement der Stadt Zürich (AB PR Art. 102) vor, dass Flugreisen auf Kurz- und Mittelstrecken zu vermeiden sind. Bis zu einer Reisezeit von sechs Stunden ist, wenn möglich, die Bahn zu benutzen. Für alle Flüge sind zudem die CO₂-Emissionen mittels eines Klimatickets einer anerkannten Organisation zu kompensieren.

Kooperationen: Auf dem Stadtgebiet von Zürich sind sehr viele Organisationen aktiv, die einen Wandel in Richtung einer nachhaltigen Lebensweise unterstützen. Einen Eindruck davon gibt die «Karte der Möglichkeiten» von Transition Zürich. Die Stadt Zürich unterstützte in den vergangenen Jahren verschiedene Initiativen in Form von Kooperationen, z. B. Climathon, Filme für die Erde, Klimaplattform der Wirtschaft, Food Zürich, Umweltvelowege (Station beim Hunzikerareal), Energy Challenge, Zürich isst oder die Chicago Climate Charter. Schliesslich finanziert die Stadt mit einer Million Franken jährlich ein zehnjähriges anwendungsorientiertes Forschungsprogramm (Energieforschung Stadt Zürich) mit den thematischen Schwerpunkten der Erhöhung der Energieeffizienz und des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Gebäudereich und bei den Haushalten.

Finanzanlagen: Die selbstständigen und unabhängigen Organisationen Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH) und Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) haben Schritte zur Reduktion des CO₂-Fussabdrucks ihres Anlagevermögens unternommen. Im WWF Pensionskassen-Rating 2018/2019 hat die Pensionskasse der Stadt zusammen mit zwei anderen Pensionskassen das Top-Rating «Vorreiter» erhalten.

Weiter ist die Wirtschaftsförderung aktiv als Netzwerkpartnerin des 2014 gegründeten Vereins Swiss Sustainable Finance (SSF). SSF ist international führend bei der Umsetzung nachhaltiger Investments in Höhe von 390 Milliarden Franken. Die Stadt Zürich trägt dieses Engagement für den nachhaltigen Schweizer Finanzplatz auch aktiv nach aussen: In Zusammenarbeit mit SSF und dem Zürcher Bankenverband (ZBV) veranstaltete die Wirtschaftsförderung am 13. Mai 2019 einen öffentlichen Anlass zum Thema «Nachhaltigkeit und technologischer Wandel – zwei Trends, eine Chance für den Finanzplatz Zürich?». Dieser ging der Frage nach, welche Möglichkeiten digitale Technologien bei der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft bieten und wie diese beiden Trends erfolgreich kombiniert werden können.

Ernährung: Verschiedene städtische Verpflegungseinrichtungen bieten bereits heute nachhaltige Mahlzeiten an (das sogenannte «Menü Plus», das etwa 50 Prozent weniger CO₂-Emissionen verursacht als ein konventionelles Menü). Im Projekt Personalrestaurant-Wettbewerb mit sechs teilnehmenden städtischen Personalrestaurants wurden rund 20 Prozent CO₂ eingespart. Die verbindlichen Ernährungsrichtlinien für die Schulen der Stadt Zürich setzen auf gesunde, umweltfreundliche Ernährung. In den Alterszentren gibt es wöchentlich einen Vegi-tag. Bei der städtischen Beschaffung der Lebensmittel werden Nachhaltigkeitskriterien umgesetzt. Lebensmittelverluste wurden in verschiedenen städtischen Verpflegungsbetrieben erhoben und Massnahmen zur Verminderung der Lebensmittelabfälle wurden umgesetzt. Gärten in Schulen dienen als Schau-, Pflanz- und Experimentierfläche. Das Angebot der Naturschulen bietet Schulklassen Besuche auf Bauernhöfen an. Die Bevölkerung hat attraktive Mitwirkungsmöglichkeiten am städtischen Lebensmittelanbau.

Das Ergebnis

Nicht zuletzt dank all dieser Engagements trägt die Stadt Zürich auch seit vielen Jahren das Label Energiestadt Gold.

Die direkten Treibhausgasemissionen auf dem Stadtgebiet von Zürich sanken seit 1990 um 1,5 Tonnen CO₂ auf rund 4,7 Tonnen pro Person und Jahr (Durchschnittswert für 2012–2016) – oder um fast 25 Prozent.

Der Primärenergieverbrauch sank seit 1990 von 5200 Watt auf aktuell 3900 Watt pro Einwohnerin oder Einwohner. Damit wurde das im Masterplan Energie gesetzte Zwischenziel für 2020 von 4000 Watt pro Person bereits erreicht.

Diese Entwicklung geht in die richtige Richtung. Um die ambitionierten Klimaschutzziele von Paris zu erreichen, muss die Geschwindigkeit der Treibhausgasreduktion weiter erhöht werden.

Eine rasche und vollständige Dekarbonisierung ist nicht in alleiniger Kompetenz der Stadt zu erreichen. Es ist auch zu berücksichtigen, dass gewisse Massnahmen Zielkonflikte verursachen können. Solche Zielkonflikte können beispielsweise entstehen, wenn energetische Sanierungen von Gebäuden zu einer Erhöhung des Mietzinsniveaus führen oder wenn die energetische Verwertung des anfallenden Abfalls mittels Fernwärmeverbunde dem Anspruch gegenübersteht, die Abfallmenge langfristig zu reduzieren. Umfassende Massnahmen sind auf

der Ebene von Kanton, Bund und internationalen Gremien erforderlich. Auch braucht es ein grosses eigenverantwortliches Engagement von jeder Bewohnerin und jedem Bewohner der Stadt Zürich, allen Werk tätigen und sich in Ausbildung Befindenden sowie allen Unternehmen, die in der Stadt Zürich wirken. Bereits vermeintlich kleine Änderungen im Mobilitäts-, Ernährungs- und Konsumverhalten leisten in der Summe beachtliche Beiträge an den Klimaschutz.

Forderungen der Klimastreik-Bewegung

Zur Forderung 1 «Treibhausgas-Emissionen bis im Jahr 2030 auf netto null»

Der Stadtrat hat im Rahmen seiner 2000-Watt-Roadmap, die er im Jahr 2017 publiziert hat, verschiedene Szenarien zum Absenkpfad der Treibhausgasemissionen berechnet. Diese zeigen auf, dass mit zusätzlichen Massnahmen, die auf Ebene von Stadt, Kanton, Bund und internationalen Gremien ergriffen werden müssten (z. B. Erhöhung der CO₂-Abgabe [Bund], Verschärfung kantonales Energiegesetz [Kanton], gezielte Besteuerung von Brenn- und Treibstoffen [Bund], Mobility Pricing [Bund], Abgaben auf Kerosin [Bund, internationale Gemeinschaft]), eine relevante Beschleunigung der Dekarbonisierung erreicht werden kann.

Der Stadtrat anerkennt die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Klimaschutzes. Das hat er in der Interpellationsantwort vom 9. Januar 2019 zur Umsetzung des Klimaabkommens von Paris in Zürich (STRB Nr. 1/2019) nochmals bekräftigt. Er prüft nun eine Verschärfung des aktuellen Zürcher Klimaschutzziels von einer Tonne CO₂ pro Person und Jahr bis 2050 und erarbeitet dazu ein Szenario «Null Tonnen CO₂». Die Szenario-Analyse soll aufzeigen, in welchem Zeitraum, innerhalb welcher Systemgrenzen, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Konsequenzen ein entsprechendes Szenario in der Stadt Zürich umgesetzt werden kann. Der Stadtrat hat sich deshalb auch bereit erklärt, die gemeinderätliche Motion «Festlegung einer stringenten Klimapolitik in der städtischen Verfassung mit dem Ziel einer Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner auf Null bis ins Jahr 2030» (GR Nr. 2019/106) und zwei ähnlich gelagerte Postulate (GR Nrn. 2019/107 und 2019/135) entgegen zu nehmen. Er wird im Rahmen der Beantwortung ein entsprechendes Szenario für 2030 aufzeigen.

Zur Forderung 2 «Ausrufen des Klimanotstands»

Dem Stadtrat sind Taten wichtiger als Worte und er verzichtet in diesem Sinne auf ein symbolisches Ausrufen des Klimanotstands. Dem Stadtrat scheint das – wenn auch symbolische – Instrument des «Notstands» wenig geeignet, wenn Massnahmen über eine längere Zeit erforderlich sind. Zudem suggeriert der Begriff «Notstand» immer auch ein Ausschalten demokratischer und rechtsstaatlicher Normen. Der Stadtrat möchte das vermeiden und die Ziele unter Wahrung von Demokratie und Rechtsstaat erreichen. Er nimmt die Anliegen der Klimastreikerinnen und -streiker aber ernst und will mit der Einleitung zusätzlicher Massnahmen die Dekarbonisierung noch stärker vorantreiben. Einerseits will er in Projekten im Rahmen der Interessenabwägung den Aspekt Klimaschutz noch stärker bewerten als bis anhin, andererseits will er zusätzliche konkrete Massnahmen ergreifen. Für beide Ansätze beabsichtigt er, nach erfolgter Konkretisierung und Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen die erforderlichen finanziellen Mittel bei den zuständigen Instanzen (Gemeinderat / Stimmbevölkerung) zu beantragen. Die Stadt Zürich fordert gleichzeitig Kanton, Bund, internationale Gremien, Wirtschaft und Private auf, den Klimaschutz höher zu gewichten als bisher. Es braucht auf allen Ebenen neue gesetzliche Vorschriften, erhebliche finanzielle Investitionen und gleichzeitig auch grundlegende eigenverantwortliche Verhaltensänderungen jedes und jeder Einzelnen, um eine rasche und substantielle Dekarbonisierung zu erreichen.

Zur Forderung 3 «Information der Bevölkerung»

Der Stadtrat ist überzeugt, dass der Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung darstellt und dabei auch eine Verstärkung der entsprechenden Informations- sowie Sensibilisierungsaktivitäten unerlässlich ist. Er erarbeitet darum derzeit einen Massnahmenplan zur Information und Sensibilisierung der Bevölkerung für Fragen des Klimaschutzes und des Ressourcenverbrauchs. Konkrete Handlungsmöglichkeiten für jede Einzelne und jeden Einzelnen sollen aufgezeigt werden.

Nächste Schritte

Der Stadtrat beabsichtigt, das Tempo der Umsetzung von Massnahmen im Klimaschutz zu erhöhen. Unter anderem wird er in folgenden Bereichen weitergehende Massnahmen prüfen:

- Um die Ablösung von fossil betriebenen Heizungen durch eine Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien zu beschleunigen, soll ein «Anschubprogramm Heizungsersatz» für Liegenschaften (in städtischer Hand und von Privaten) entwickelt und geprüft werden. Bei Spitzenlastabdeckungen sind die Kosten für fossilfreie Lösungen sorgfältig abzuwägen und es sind als Kompensation allenfalls andere, kostengünstigere Massnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstosses umzusetzen. Zu diesem Zweck sollen auch bestehende Instrumente wie die 2000-Watt-Beiträge eingesetzt und weiterentwickelt werden.
- Es soll abgeklärt werden, wie bedeutende, standortgebundene erneuerbare Energiequellen mittels eines Ausbaus der Verbunde mit verstärkten Anstrengungen genutzt werden können. Diese Verbunde würden den Hauseigentümerschaften eine zusätzliche Option für eine klimafreundliche Wärme- und Kälteversorgung bieten. Kosten und Nutzen dieser Massnahmen werden aufgezeigt.
- Bei der stadteigenen Fahrzeugflotte soll geprüft werden, wie diese, abhängig vom Einsatzbereich, vollständig mit erneuerbarer Energie betrieben werden kann; beispielsweise indem bei Neu- oder Ersatzbeschaffungen ein effizientes Fahrzeug mit elektrischem Antrieb oder einem ökologisch gleichwertigen Antriebssystem (wie z. B. Biogas) gewählt wird.
- Beim Einkauf von Gütern und Dienstleistungen für die Stadt Zürich soll die Priorisierung der Klimarelevanz abgeklärt werden. Über Mindestanforderungen und/oder Zuschlagskriterien könnte ein geringerer Ausstoss an Treibhausgasen über den gesamten Lebenszyklus erreicht werden. Dabei sollen ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden.
- Das Potenzial für eine klimafreundlichere Verpflegung in den städtischen Betrieben soll verstärkt genutzt werden. Damit wird der Wille der Stimmbevölkerung (Abstimmung vom 26. November 2017, Art. 2^{ter} Abs. 2 lit. d der Gemeindeordnung) beschleunigt umgesetzt.
- Entwicklung eines «Klimaforums» mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilbevölkerung (inklusive Jugendliche) und Verwaltung. Dabei sollen mögliche Aufgaben eines solchen Gremiums, das als Impulsgeber und Multiplikator für den Klimaschutz in der Stadt Zürich agieren könnte, aufgezeigt werden.

Der Stadtrat freut sich, dass er mit Unterstützung der Klimastreik-Bewegung den Klimaschutz aktiv weiter vorantreiben kann. Er hofft, dass sich diese Dynamik auf weitere engagierte Akteure und Akteurinnen auf allen staatlichen Ebenen und in Wirtschaft und Zivilgesellschaft überträgt.

Um sichtbare Erfolge zu erzielen, braucht es eigenverantwortliches Engagement für den Klimaschutz von allen Personen und Institutionen, die in der Stadt Zürich und darüber hinaus wirken.

Mitteilung an die Stadtpräsidentin, die Vorstehenden des Finanz-, des Gesundheits- und Umwelt-, des Tiefbau- und Entsorgungs-, des Hochbaudepartements, des Departements der Industriellen Betriebe, die übrigen Mitglieder des Stadtrats, die Stadtschreiberin, den Rechtskonsulenten, die Stadtentwicklung, die Finanzverwaltung, den Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich, ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Immobilien Stadt Zürich, das Elektrizitätswerk, die Energiebeauftragte und per E-Mail an die Organisation Klimastreik Zürich, Andri Gigerl, andri.gigerl@climatestrike.ch, Jonas Kampus, jonas.kampus@climatestrike.ch, Dominik Waser, dominik.waser@climatestrike.ch.

Für getreuen Auszug
die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cuche-Curti